



18. November 2021

Die Demokratie braucht junge Stimmen

Grusswort von Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr anlässlich der Impulsveranstaltung «PartiZHipation»

Partizipation – daran ist eigentlich nur etwas schwierig: die Aussprache. Das Inhaltliche, also das Beteiligen, das Mitwirken möglichst vieler, ist einfach. Man muss es nur tun. Oder tun wollen.

Geschätzte Damen und Herren

Danke sehr für die Einladung hierher zu Ihrem Partizipationsanlass, wobei Sie mir mit Parti – ZH – ipation das Aussprechen gleich noch etwas schwieriger machen...

Ich bin Ihnen dankbar für Ihr Engagement. Ich bin tief überzeugt, dass wir die Komplexität unserer Welt dann am besten bewältigen, wenn möglichst viele Stimmen am Tisch sitzen, dort wo Entscheidungen gefällt werden.

Zum Beispiel die Stimmen der Jungen. Die Jungen, das ist sonnenklar, sind von den meisten Entscheidungen stärker betroffen als wir in die Jahre-Gekommenen.

Am eindeutigsten zeigt sich das in der Klimapolitik. Da liegt die Macht zum Handeln in den Händen derer, die von den Folgen ihrer Entscheide nur noch schwach betroffen sind.

OK, die Erfahrung dieser alten weissen Entscheider ist wichtig. Aber die Meinungen und Forderungen der Hauptbetroffenen müssen auch Gehör finden.

Sie haben sich für heute vorgenommen, sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Prozessen anzusehen und zu verbessern. Das ist sehr lobenswert.

Motivieren wir uns dazu mit einer aktuellen Erfolgsmeldung: Sie ist sozusagen epochal.

Der Zürcher Kantonsrat hat sich diese Woche definitiv und sehr deutlich für Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. Der Regierungsrat tat dies bereits früher.

Noch ist dieser Entscheid nicht in Stein gegossen. Zwei von drei Schritten sind gemacht: Regierungs- und Kantonsrat sagen Ja zum Stimmrechtsalter 16.

Der dritte Schritt ist die anstehende Volksabstimmung

Und der wird anspruchsvoll.



Die Gegenargumente können wir uns bereits vorstellen. Ich habe einige kürzlich in meinem Blog aufgelistet. Zum Beispiel das hier

«16-Jährige haben noch keine Ahnung vom richtigen Leben!»

Das mag sein: Eine 16-Jährige hat keine Ahnung vom Leben als Erwachsene – für viele erst das «richtige Leben». Aber genau so wenig hat ein 50-jähriger Universitätsprofessor Ahnung von der Arbeit auf der Baustelle. Oder eine 80-jährige ehemalige Lehrerin, die bald ihre Diamantene Hochzeit feiert – sie weiss nichts vom Leben als Single.

Seien wir ehrlich: Wir haben nie eine Ahnung von Allem. Wir kennen immer nur einen Teilaspekt des Lebens: unser Leben.

Und aus dieser individuellen Perspektive nehmen wir auch an Abstimmungen und Wahlen teil. 16-Jährige sollen das genauso tun dürfen wie 50- oder 80-Jährige.

Doch wichtiger als diese Gegenargumente sind Gründe **für** das Stimmrechtsalter 16.

Da gibt es ein ganz praktisches Argument, das meiner Meinung nach bisher viel zu wenig beachtet wurde.

Heute ist es so, dass der Staatskunde-Unterricht in der Schule in einem Moment stattfindet, in dem die jungen Frauen und Männer noch gar nicht abstimmen können. Wie blöd ist das denn? Wie Schwimmunterricht in der Turnhalle.

Wir wissen: Wenn 16-, 17-Jährige etwas mit grosser Hingabe tun, dann ist es das: die «Alten» davon zu überzeugen versuchen, dass diese keine Ahnung haben von der Welt.

16-, 17-Jährige wollen argumentieren und Ziele am Horizont erreichen. Die sollen sie anstreben können, mit dem Abstimmungscover in ihren Händen. Mit Stimmrechtsalter 16.

In den Nationalratswahlen 2019 lag die Beteiligung der 18- bis 24-Jährigen bei durchschnittlich 33 Prozent (im Kanton Zürich gar nur bei 28 Prozent). Die Durchschnittsbeteiligung in der Gesamtbevölkerung hingegen lag bei 45 Prozent.

Das ist keine zukunftssträchtige Verteilung.

Durch ein früheres Stimmrechtsalter werden mehr junge Menschen langfristig vom Wählen und Abstimmen überzeugt. Damit stärken wir die Demokratie und verankern sie noch besser in den Köpfen.

Das ist wichtig, denn letztlich gilt: Die Legitimation unserer Demokratie ist umso besser, je mehr Menschen an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Eine breite Teilhabe ist wichtig.

Stimmrechtsalter 16 ist gewiss nicht die einzige Massnahme, um die politische Partizipation zu erhöhen – aber es ist eine zentrale. Wir sollten die Chance packen.

Zumal es am Willen und am Interesse der jungen Zürcherinnen und Zürcher nicht fehlt. Das haben wir wissenschaftlich untersuchen lassen.



Meine Direktion der Justiz und des Innern hat eine Studie zur politischen Partizipation von 16- bis 25-Jährigen in Auftrag gegeben; sie wurde im Rahmen eines Capstone-Kurses der Universität Zürich durchgeführt.

Ein paar Resultate:

Nicht überraschend ist der Klimawandel mit grossem Abstand das Thema, das am meisten interessiert und beschäftigt – und dies ungeachtet der politischen Positionierung der 16- bis 25-Jährigen.

Bei der Mediennutzung liefert die Studie auffällige und erstaunliche Resultate. Traditionelle Medien (Fernsehen, Radio, bezahlte Tageszeitungen, Newsapps) sind – im Vergleich zu Social Media – von hoher Relevanz für die politische Informationsbeschaffung junger Menschen im Kanton Zürich.

Sie informieren sich über unterschiedliche Kanäle. Es gibt also keinen einzelnen Kanal, über den man diese Altersgruppe am besten erreicht. Es braucht einen Mix.

Bezüglich der politischen Beteiligung zeigt die Studie zudem grosse Unterschiede zwischen jungen Menschen an Berufsschulen und an Gymnasien.

Konkret: Eine Stichprobe der realen Stimmregisterdaten der Stadt Zürich zeigt bei der Abstimmung vom 7. März 2020 einen Beteiligungsunterschied von rund 50 Prozentpunkten.

Das heisst: Von den abstimmenden jungen Menschen waren 25 Prozent Berufsschülerinnen und Berufsschüler und 75 Prozent Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Massnahmen zur Stärkung der politischen Partizipation sollten also insbesondere bei den Berufsschülerinnen und Berufsschülern ansetzen, da hier das Mobilisierungspotential noch gross ist.

Erfreulich bei den Jungen ist: Während Politik gefühlt ewig reine Männersache war, wächst aktuell mit den 18- bis 25-Jährigen das erste Mal im Kanton Zürich eine Generation ohne Gender-Gap bei der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen heran.

Junge Frauen und junge Männer nehmen zu gleichen Anteilen an Abstimmungen teil.

Und eine andere Studie kommt zum Schluss, dass die Beteiligung bei jungen Frauen sogar deutlich höher ist als bei jungen Männern. Das tut sich also etwas!

Und warum nehmen 18- bis 25-Jährige an politischen Prozesse nicht teil? Auch danach haben wir gefragt. Die Antworten:

- die schwere Verständlichkeit von Unterlagen zu Wahlen und Abstimmungen
- die hohe Komplexität der Themen
- die schlechte Zugänglichkeit zum Prozess
- fehlendes Interesse am Thema und
- nicht ersichtliche Relevanz der Themen für die eigene Altersgruppe

Damit haben wir also Hinweise, wo wir ansetzen können: Wir müssen den Zugang zum politischen Prozess erleichtern und die Politik verständlicher und spannender machen.



Dazu gehört die politische Bildung ebenso wie digitale Partizipations- und Informationsmöglichkeiten.

Auch Rollenvorbilder sind nicht zu unterschätzen: Je sichtbarer junge Politikerinnen und Politiker sind, desto grösser das Identifikationspotential.

Von allen diesen Massnahmen haben die jungen Befragten eine klare Favoritin: Sie wollen mehr politische Bildung.

Noch ein Wort zum Thema Demonstrationen. Dass junge Menschen für ihre Anliegen auf die Strasse gehen und dort für den Schutz des Klimas oder gegen Gewalt gegen Frauen protestieren, ist erfreulich.

Oft werfen nun aber diejenigen, die sich durch solche Demonstrationen provoziert fühlen, den Jungen vor, sie sollten besser abstimmen gehen statt auf der Strasse zu demonstrieren.

Auch dazu gibt es interessante Aussagen der Capstone-Studie.

Wer demonstriert, wählt. Die Studie zeigt: Junge Demonstrant:innen sind auch regelmässige Wähler:innen und Abstimmende.

Nun eben: Sofern sie abstimmen können.

Und deshalb: Stimmrechtsalter 16 ist ein wichtiger Schritt hin zu einer möglichst breiten Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheiden, die uns alle betreffen.

Geschätzte Damen und Herren

Partizipation ist in aller Munde. In meiner Agenda häufen sich die Anlässe zum Thema Partizipation im Moment geradezu.

- Hier und heute rufen Sie zur Stärkung der Partizipation mit Fokus Jugend auf.
- Vergangene Woche hat meine Direktion die Deutschschweizer Partizipations-Community zu einem Erfahrungsaustausch über partizipative Formate eingeladen.
- Am Zürcher Gemeindeforum, ebenfalls letzte Woche, hat eine Expertin dargelegt, warum komplexe Planungsverfahren erfolgreicher sind, wenn sie die verschiedenen Interessengruppen frühzeitig miteinbeziehen.
- Ende Monat wird die Fachstelle Kultur im Bereich Kulturelle Teilhabe verschiedene Anerkennungspreise übergeben.
- Der Zürcher Regierungsrat widmet dem Thema «Teilhabe» mehrere Handlungsziele der laufenden Legislatur.
- Und ich selber habe das Thema Teilhabe zum zentralen Thema meines Präsidialjahres gemacht.

Es geht also auf dem Feld der Partizipation etwas. Schön und wichtig!



Und es wird noch wichtiger werden. Wir erleben immer mehr Beispiele: Wenn sich Menschen abgehängt und nicht mehr wahrgenommen fühlen, neigen sie zur Ablehnung aus Prinzip. Wir haben es vor wenigen Jahren bei den Gilets Jaunes in Frankreich gesehen. Und wir sehen es heute beim Thema Impfen.

Ich komme zum Schluss und damit zuerst zu einem Aufruf.

Ich habe am Anfang der Rede gesagt, Partizipation sei im Grundsatz einfach. Nun das stimmt. Es stimmt aber nicht in Bezug auf die Methode. Dort lauern ein paar Stolpersteine.

Ins Stolpern geraten Partizipationsprojekte

- wenn sich Teilnehmende nicht ernst genommen fühlen
- wenn sich Teilnehmende nur als Feigenblätter fühlen
- wenn Teilnehmende gar nichts zu entscheiden haben
- wenn die, die das Sagen haben, die Empfehlungen der Eingeladenen nicht wahrnehmen.

Gute Partizipation bewirkt hingegen,

- dass sich Menschen durch Teilhabe besser informiert fühlen
- dass sie das Gefühl haben, eine Stimme zu haben, die gehört, wahr- und ernst genommen wird
- dass mehr Menschen Verantwortung übernehmen
- dass sich Menschen engagieren
- und dass sie eine positivere Haltung gegenüber den Instanzen haben, die die Prozesse organisieren, also dem Staat, der Gemeinde, den Behörden oder der Verwaltung gegenüber

Also: Engagieren wir uns weiterhin für Partizipation. Und planen wir die Prozesse so, dass echte Teilhabe möglich ist.

Laden wir zur Partizipation ein, wenn wir es ernst meinen. Und lassen wir es sein, wenn alles schon entschieden ist.

Meine Damen und Herren

Ganz zum Schluss bleibt der Dank. Danke, dass Sie mir zugehört haben. Danke, dass Sie diese Tagung organisiert haben.

Und vor allem danke, dass sie sich ausdrücklich für mehr Partizipation und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

Gemeinsam die Zukunft mit Kindern und Jugendlichen gestalten – genau, tun wir das!